

Jugendarbeit auf Sparflamme?

Stadjugendring bekommt bis 2019 jährlich 60000 Euro weniger als bisher – den Verantwortlichen passt das nicht

Von Michael Brandl

Ingolstadt (DK) Auch den Stadjugendring (SJR) sollen in den nächsten Jahren finanzielle Einschnitte treffen, die die Stadt aufgrund der wegbrechenden Gewerbesteuer des VW Konzerns aus Wolfsburg verhängt hat. Der SJR soll demnach bis 2019 jährlich auf 60 000 Euro Zuschüsse verzichten. Außerdem sollen bei mehreren Trägern insgesamt 2,75 Stellen in der Jugendarbeit vorerst unbesetzt bleiben.

Dass das Geld erst einmal nicht mehr ganz so locker sitzt wie zuletzt, als große Projekte wie das Trendsportzentrum Halle neun und das Jugendhaus am Baggersee entstanden sind, damit will man sich beim SJR nicht so ohne Weiteres abfinden. Auf der Herbstvollversammlung am Dienstag in der Fronte 79 wurde das Thema deshalb ausgiebig diskutiert. Und das quasi in der zweiten Runde. Neben

Beilagenhinweis

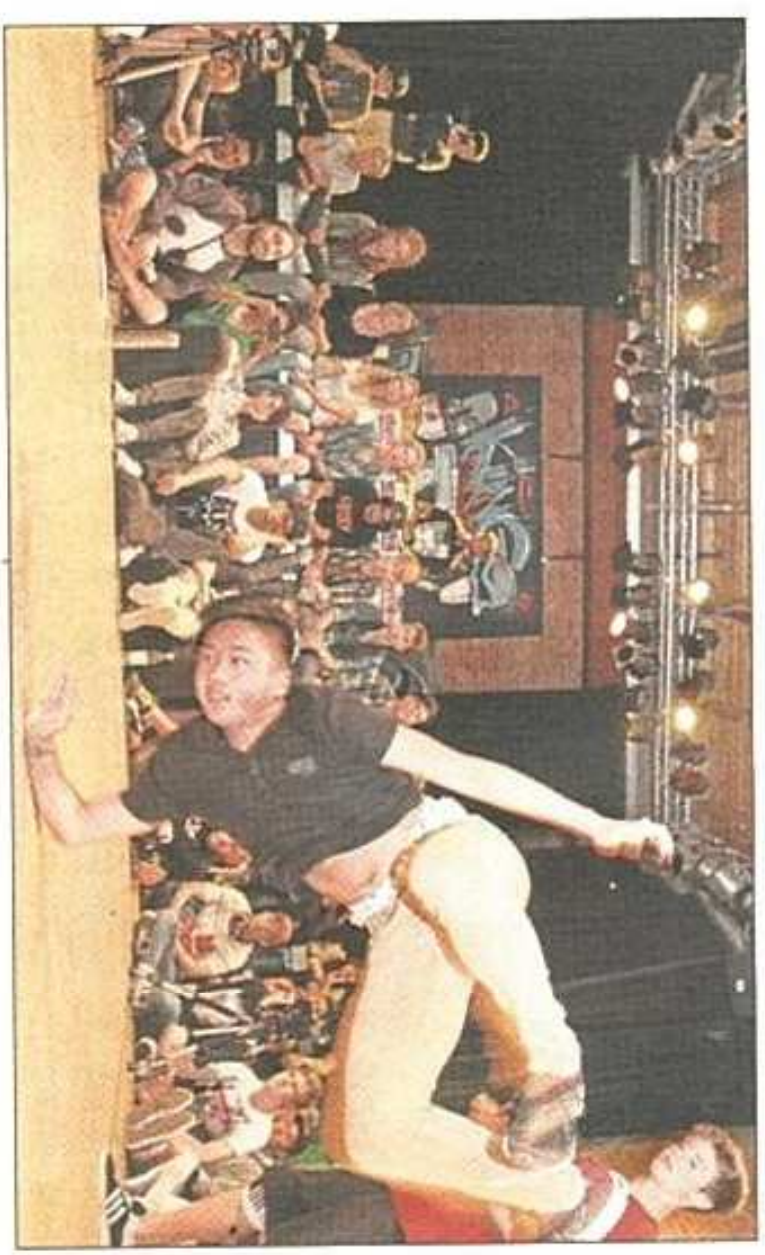
Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Firma Expert Reng, Neustadt, bei.

zahlreichen Stadträten waren auch Bürgermeister Sepp Mißbeck und Kulturreferent Gabriel Engert anwesend. Sie kamen geradewegs aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (siehe Artikel oben). Dort hatten sie sich bereits intensiv mit den Verantwortlichen vom SJR über eine Rücknahme der Kürzungen auseinandergesetzt. Die fordernden SJR-Geschäftsführer Stefan Moser und Vorsitzender Andreas Utz schon vor einigen Wochen, als bekannt wurde, dass VW noch einmal unerwartet Geld nach Ingolstadt transferiert.

In der Fronte hatten auch die betroffenen Betreuer aus den 29 Ingolstädter Jugendverbänden die Möglichkeit, sich direkt an die Politiker zu wenden. Davon unabhängig formulierten sie Forderungen an die kommunale Jugendarbeit, die seit der letzten Wahl 2014 unerfüllt geblieben sind (darunter Jugendparlament, Pädagogischer Schulhausbau, Qualitätsverbesserung bei Kitas), legten aber auch dar, welche davon erfolgreich umgesetzt wurden. Einer intensiven, teils lautstark geführten Diskussion tat dies keinen Abbruch. „Der Zuschuss ist

gesetzliche Pflicht“, sagte Utz und verwies darauf, dass der Anteil für die Jugendarbeit im Ingolstädter Haushalt ohnehin unter dem bundesweiten Durchschnitt von zehn Prozent liege. „Die Pflichtaufgaben erfüllen wir, freiwillige Leistungen müssen wir wegen der misslichen Lage reduzieren“, erwiderte Mißbeck. Engert verwies auf die jüngsten Entstehungen wie das Tumult-Festival und sprach von einem „ausreichen-

den Angebot“. Man wolle durch die Einsparungen keine vorhandenen Strukturen zerstören, versicherte er. Genau diese Gefahr sahen jedoch einige Stadträte und Jugendbetreuer als gegeben. „Wenn Audi ausstellt, wird der Bedarf noch größer“, meinte Utz und ergänzte, alles Schulische würde weiterentwickelt, das Leben neben der Schule bliebe auf der Strecke. Franz Hofmeier befürchtete durch die Kürzungen gar Struk-



Einsparungen auf dem Rücken der Jugend? Der Stadjugendring ist alles andere als begeistert über Kürzungen bei der mobilen Kinder- und Jugendarbeit (etwa in der Fronte).

Archivfoto: Eberl

turschädigungen wie es sie beim ÖPNV schon gegeben habe.

„Jugendarbeit lebt von den Menschen, die sich hinstellen und kümmern, und nicht von den Gebäuden“, stellte eine Betreuerin von der Jugend des Bayerischen Roten Kreuzes fest, als Mißbeck auf den Bau des neuen Sportbades hinwies. SPD-Fraktionsvorsitzender Achim Werner näherte sich dem Thema aus wirtschaftlicher Sicht. „Ingolstadt geht nicht am Stock“, sagte er. In sechs Jahren seien 400 Millionen Euro mehr Gewerbesteuer ins Stadtsäckel geflossen als veranschlagt waren. Dass sich die Stadt verschulden müsse, sei für ihn deshalb nicht nachvollziehbar. Stadträtin Sabine Leiß sah sogar die Gefahr, dass durch Kürzungen in der Jugendarbeit junge Menschen auf die schiefe Bahn geraten könnten. Sie wieder aufzufangen, würde demnach noch höhere Kosten verursachen. Eine junge Frau aus dem SJR-Vorsitz brachte es so auf den Punkt: Was aus der Politik bei ihr ankomme, sei, dass die Jugendarbeit vorne mit dabei ist, wenn es ums Einsparen geht, jedoch nicht, wenn Geld verteilt wird.